

Willenserklärung

der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR), der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) und des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR

„Der Krieg ist kein Gesetz der Natur und der Frieden kein Geschenk“

Anlässlich einer gemeinsamen Antikriegsveranstaltung, verbunden mit einem beeindruckenden Konzert des Ernst-Busch-Chores, bekunden die Unterzeichner dieser Erklärung erneut ihren Willen, auch zukünftig alle ihre Kräfte gegen Militarismus und Krieg einzusetzen. Die Jahrestage 2014 – der 100. Jahrestag des Beginns des I. Weltkrieges und der 75. Jahrestag des Beginns des II. Weltkrieges – sind für uns und unsere Mitglieder eine Herausforderung, den Beitrag für die Aufklärung der wahren Ursachen und Hintergründe von Kriegen zu erhöhen und jeglicher Art von Verfälschungen der Geschichte entschieden entgegenzutreten.

Eingedenk der Worte von **Karl Liebknecht** vor 100 Jahren bei der Ablehnung der Kriegskredite am 02.12.1914 vor dem deutschen Reichstag **„Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes...“** sind wir uns einig, dass diese Einschätzung bis zur Gegenwart nichts an Bedeutung verloren hat und auch heute noch volle Gültigkeit besitzt.

Der Kampf um maximale Profite und natürliche Ressourcen, um Märkte und politische Einflussphären sind die wesentlichen Ursachen auch für die Kriege dieses Jahrhunderts. In diesem Kampf ist den imperialistischen Kriegstreibern jedes Mittel recht. Hunderttausende Tote werden in Kauf genommen und Menschenrechte und völkerrechtliche Normen außer Kraft gesetzt.

Die Hauptschuld an den Tragödien, die 1914 und 1939 begannen, trägt der deutsche Imperialismus. Mit großer Sorge müssen wir daher feststellen, dass die deutsche Beteiligung an den aktuellen Kriegsabenteuern, die zunehmende Militarisierung des öffentlichen Lebens in der BRD, Aufrüstung und Rüstungsexporte beweisen, dass die regierenden Eliten unseres Landes – trotz vielfacher Beteuerungen – nur Lehren in ihrem eigenen Interesse aus der Vergangenheit gezogen haben.

Neue Legenden über die Kriegsführung sollen die Notwendigkeit globaler militärischer Interventionen und kriegerischer Auseinandersetzungen begründen. Demagogisch wird der imperialistische Krieg heute unter dem Deckmantel von „Terrorismusbekämpfung“, „Schutzverantwortung“, „Wiederherstellung von Demokratie und Menschenrechten“, „ethnische Auseinandersetzung“ und „Sicherung des ökonomischen Wachstums“ geführt.

Die Verklärung des Krieges geht einher mit nationalistischem und fremdenfeindlichem Gedankengut und fördert neofaschistische Tendenzen in der Gesellschaft.

So werden die Apologeten des Krieges nicht müde, in der Darstellung und Deutung der großen Kriege des XX. Jahrhunderts die wahren Hintergründe und Interessen zu verschleiern und neue Mythen zu schaffen, die letztendlich im Denken und Fühlen der Menschen die natürliche Sehnsucht nach einem Leben in Frieden verdrängen und den Boden für Militarismus und neue Kriegsabenteuer bereiten sollen.

In unserem politischen Wirken stehen wir in der Tradition des antimilitaristischen und antiimperialistischen Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung, wie er von Liebknecht und Luxemburg begründet wurde und unterstützen in solidarischer Verbundenheit den antifaschistischen Kampf und die Aktionen der Friedensbewegung.

In Anbetracht der Lehren aus der Geschichte steht die Menschheit entsprechend der UNO-Charta in diesem Jahrhundert vor der Notwendigkeit, endlich Krieg und Gewalt ein für alle Mal aus den internationalen Beziehungen zu verbannen.

Horst Parton

Karl-Heinz Wendt

Hans Bauer

Theodor Hoffmann

für die ISOR

für die GBM

für die GRH

für den Verb. NVA/GT

Aus der Arbeit des Vorstandes

Auf Einladung des Vorstandes berichtete Generaloberst a. D. Fritz Streletz als kompetenter Zeitzeuge über die Vorgänge im Zusammenhang mit der Öffnung der Grenzübergangsstellen der DDR am 9.11.1989.

In beeindruckender Exaktheit und belegt mit Dokumenten, gab er eine authentische Schilderung der internen Entscheidungsabläufe, die für die Mitglieder des Vorstandes einen hohen Informationswert hatte.

*

Der Vorstand billigte einmütig die von Horst Parton begründete Position gegenüber der rechtsextremen und verfassungsfeindlichen Organisation „Reichsbürger“. Er betonte, dass ISOR gemäß seiner Satzung in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz tätig ist und sich die Mitgliedschaft in ISOR und bei den „Reichsbürgern“ gegenseitig ausschließen.

*

Unter Federführung der GBM wird eine Petition zur baldigen Rentenangleichung Ost an West vorbereitet. Listen für die Unterschriftensammlung werden der Ausgabe von **ISOR aktuell** im Monat März beigelegt.

*

Horst Bischoff gab gegenüber dem Vorstand eine Einschätzung zum „Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur“, der vom ehem. Kulturstaatsminister Neumann dem Bundestag im März 2013 vorgelegt worden war und auch weiter die Anti-DDR-Propaganda bestimmen wird. Er verwies auf vorhandene Möglichkeiten, auch durch Aufschreiben von Lebenserinnerungen, Leserbriefe, Briefe an Persönlichkeiten und Einrichtungen oder durch Problem Diskussionen in unseren Versammlungen, Geschichtsfälschungen entgegenzutreten.

Zwischenruf

Niemand kann einen Kampf aufnehmen, wenn er im Voraus nicht voll auf den Sieg vertraut. Wer ohne Zuversicht beginnt, hat von vornherein die Schlacht zur Hälfte verloren und vergräbt die eigenen Talente.

Auch wenn man sich schmerzlich der eigenen Schwäche bewusst ist, muss man vorangehen, ohne sich geschlagen zu geben.

**Papst Franziskus
in „Evangelii gaudium“**

Zuviel Wirbel um die Rente

Roland Fehlhaber / Günter Schwengel

AG Recht

In letzter Zeit ist kaum ein Tag vergangen, an dem nicht Vorschläge und Gegenvorschläge für eine Rentenreform in den Medien der Öffentlichkeit unterbreitet wurden.

Worum geht es im einzelnen?

1. Die Verbesserung des abschlagsfreien Eintrittsalters in die Rente für Erwerbstätige mit 45 Beitragsjahren (u.a. einschließlich Zeiten der Arbeitslosigkeit) nach Vollendung des 63. Lebensjahres. Zu beachten ist, dass ähnlich wie bei der Regelaltersrente das Zugangsalter zu dieser Rente schrittweise parallel zur Anhebung des allgemeinen Renteneintrittsalters auf das vollendete 65. Lebensjahr angehoben wird. Es bleibt also beim Renteneintrittsalter der zweijährige Abstand zur Regelaltersrente.

2. Kindererziehungsrente oder sogenannte Mütterrente:

Für alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, werden die Erziehungsleistungen mit einem zusätzlichen Entgeltpunkt berücksichtigt. Dieser beträgt gegenwärtig pro Kind 25,74 Euro im Osten und 28,14 Euro im Westen. Bei den nach 1992 Geborenen erhalten die Mütter oder Väter bereits einen höheren Satz an Entgeltpunkten.

3. Erwerbsminderungsrente:

Die Zurechnungszeit (das ist die Zeit zwischen dem Eintritt der Voraussetzungen für die Erwerbsminderung bis zum Rentenbeginn) soll um zwei Jahre von bisher 60 auf 62 Jahre angehoben werden. Damit würde künftig der Durchschnittswert an jährlich erzielten Entgeltpunkten vor Rentenbeginn um zwei Jahre verlängert werden.

4. Solidarische Lebensleistungsrente:

Geringverdiener mit 40 Beitragsjahren (es gibt auch Vorstellungen, dass bis 2023 35 Beitragsjahre ausreichen) einschließlich Kindererziehungs- und Pflegezeiten sowie bis zu fünf Jahren Arbeitslosigkeit sollen eine Rente erhalten, die 30 Entgeltpunkten entspricht. Gegenwärtig wären das in Westdeutschland 844,20 und in Ostdeutschland 772,20 EURO. Ab dem Jahr 2023 wäre eine zusätzliche private Altersvorsorge für den Bezug dieser Rente Voraussetzung.

Allen vorgenannten Plänen gemeinsam ist, dass sie keine Gesetzeskraft besitzen, es sich im Grunde genommen um Absichtserklärungen handelt und seitens der Regierungskoalition geplant ist, die entsprechenden Gesetze im Bundestag zu verabschieden, so dass sie am 01.07.2014 in Kraft treten. Bis dahin können jederzeit Veränderungen an den vorgenannten Plänen vorgenommen werden, so dass wir

über ihre endgültige Fassung erst zu diesem Zeitpunkt Kenntnis erhalten werden.

Bereits jetzt gibt es massive Kritiken an diesen Plänen, die einerseits von führenden Wirtschaftskreisen und andererseits von den Oppositionsparteien ausgehen. Im wesentlichen geht es dabei darum, inwieweit die Realisierung dieser Pläne angesichts der erheblichen, in die Milliarden gehenden Mehrkosten finanzierbar ist. Sollte die Finanzierung durch die Rentenkassen erfolgen, so wäre bereits jetzt abzusehen, dass die vorhandenen Reserven in einem überschaubaren Zeitraum aufgebraucht sind und danach eine Anhebung der Rentenbeiträge erfolgen müsste. Des weiteren wird immer wieder die Kritik bezüglich des Generationenkonfliktes strapaziert.

Die Linkspartei geht zwar ebenfalls davon aus, dass eine Finanzierung über die Rentenkassen auf Dauer nicht möglich ist, schlägt aber Steuerfinanzierung vor. Das bietet den Vorteil, Personen, die bisher keine Beiträge zur Rentenfinanzierung geleistet haben, wie Beamte, Selbstständige oder Personen, deren Einkommen die Beitragsbemessungsgrenze übersteigt, an der Rentenreform zu beteiligen. Dies legt den Gedanken an eine Bürgerversicherung nahe, wie sie zum Teil in anderen Staaten bereits besteht.

Angesichts der Tatsache, dass die Pläne für eine Rentenreform gegenwärtig keine Gesetzeskraft besitzen und ihre endgültige Ausgestaltung noch offen ist, hat es zur Zeit keinen Sinn, bereits jetzt Ansprüche zu formulieren und Anträge einzureichen. Trotzdem bleibt die Frage, inwieweit ehemalige Angehörige des MfS wegen der ihnen auferlegten pauschalen Rentenkürzungen an den vorgesehenen Rentenreformen im Falle ihrer Realisierung Berücksichtigung finden. Was die vorgesehenen Regelungen bezüglich eines vorzeitigen Renteneintrittsalters und die Anhebung der Zurechnungszeiten bei den Erwerbsminderungsrenten betrifft, so dürften diese in vollem Umfang auch auf ehemalige MfS-Angehörige zutreffen, da sich hierdurch keinerlei Veränderungen im Hinblick auf das für die Rentenberechnung berücksichtigungsfähige Einkommen während der Zugehörigkeit zum MfS ergeben.

Auch bei der Kindererziehungsrente bei vor 1992 geborenen Kindern können Ansprüche ehemaliger MfS-Angehöriger nicht unberücksichtigt bleiben, da dies in keinem Zusammenhang mit einer Erhöhung des für die Rentenberechnung berücksichtigungsfähigen Einkommens während der Zeit der Zugehörigkeit zum MfS steht.

Die solidarische Lebensleistungsrente für Geringverdiener dürfte für die Zeit der Zugehörigkeit zum MfS keine Rolle spielen.

Über die vollständige Angleichung des Rentenwertes Ost sind in dem bekanntgewordenen Rentenpaket der Bundesregierung keine Angaben enthalten. Im Koalitionsvertrag wird dazu ausgesagt, dass im Juli 2016 der Angleichungsprozess überprüft und auf dieser Grundlage entschieden wird, ob ab 2017 eine Teilangleichung notwendig ist. Damit ist davon auszugehen, dass in dieser Legislaturperiode eine volle Angleichung nicht erfolgt.

Die AG Recht informiert

Das Bundesverwaltungsamt (BVA) – Außenstelle Berlin-Lichtenberg – übergibt den Aufgabenbereich Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus dem Sonderversorgungssystem des MfS/ AfNS an das Bundesverwaltungsamt – Außenstelle Strausberg. In diesem Zusammenhang beendet das BVA alle Widerspruchsverfahren gegen Entgelt-, Änderungs- und Überführungsbescheide mit einem Widerspruchsbescheid. Deshalb wird aus aktuellem Anlass auf die Mitteilung in **ISOR aktuell** April 2009 verwiesen, die dort abgedruckt ist.

Soweit bisher noch nicht erfolgt, erteilt das Bundesverwaltungsamt als der für ehemalige Mitarbeiter des MfS/AfNS zuständige Versorgungsträger Widerspruchsbescheide, mit denen auch länger zurückliegende Widersprüche gegen erteilte Entgeltbescheide wegen der Begrenzung des Arbeitsentgeltes nach § 7 AAÜG zurückgewiesen werden. Da der Widerspruchsbescheid in seiner Rechtsbehelfsbelehrung den Hinweis auf eine Klagemöglichkeit beim Sozialgericht enthält, wenden sich viele Freunde mit der Frage an uns bzw. das Anwaltsbüro, was zu unternehmen sei. Die Begründung über die Unzulässigkeit des Widerspruchs ist korrekt.

Mit seinem Urteil vom 20.12.2001 hat das Bundessozialgericht entschieden und klargestellt, dass ausschließlich der Rentenversicherungsträger für die Begrenzung des anzurechnenden Arbeitsentgeltes nach § 7 AAÜG zuständig ist.

Das Bundesverwaltungsamt ist zumindest seit diesem Zeitpunkt die falsche Behörde, gegen die der Antrag zu richten ist. Das bedeutet, Klage ist nicht zu erheben. Sie würde – wie der Widerspruch – wegen Unzulässigkeit abzuweisen sein. Der Widerspruchsbescheid kann »zu den Akten« genommen werden, ein Rechtsverlust entsteht dadurch nicht. Einwände wegen der Begrenzung nach § 7 AAÜG sind ausschließlich gegen den Rentenbescheid zu erheben. Das aktuelle Widerspruchsmuster wurde in ISOR aktuell Juni 2012 veröffentlicht und kann über die Geschäftsstelle angefordert werden.



Aus unseren TIG

Unsere **TIG in Beeskow** kann auf eine langjährige aktive Tätigkeit zurückblicken. Besonders verbunden sind die Mitglieder unserem Vorsitzenden, Willy Zeige, der als ehemaliger VP-Angehöriger ohne Unterbrechung diese Funktion ausübt. Wir kommen in der Regel zweimal im Jahr zusammen. Inhaltlich bestimmt der Kampf um die Rentengerechtigkeit sowie die dabei erreichten Ergebnisse unsere Diskussion. Im Zusammenhang damit werden auch politische Themen aus dem örtlichen Bereich sowie zentrale Anliegen erörtert.

Wir können hierzu feststellen, dass wir immer einen regen Meinungsaustausch haben. Besonders aktiv sind unsere Frauen, die stets an unseren Beratungen teilnehmen. In der Diskussion wird auch kritisch festgestellt, dass in der Öffentlichkeit die Ostrenten und nicht das Problem der Strafrenten eine Rolle spielt. Die Politik tut alles, um DDR - Realitäten zu verunglimpfen.

Eine psychische Belastung durch die Ausgrenzungspolitik ist auch bei unseren Mitgliedern festzustellen. Um hier Mut, Zuversicht, Optimismus und Kraft zu vermitteln, dienen auch unsere Zusammenkünfte. Unsere letzte Versammlung, die am 23.11.2013 stattfand, hat hier einen besonderen Platz.

Unser Gast war das Vorstandsmitglied und Beauftragter für das Land Brandenburg Gerd Röseberg. Er erläuterte die Beschlüsse der Vertreterkonferenz sowie die Richtung des weiteren Vorgehens unseres Vereins. Nüchtern und optimistisch waren seine Ausführungen zur Strategie im Kampf um Rentengerechtigkeit.

Die Teilnehmer waren sich darüber einig, dass der Kampf noch lang ist und im Grunde nur auf juristischem Wege erfolgreich sein kann.

Dieses Problem wurde von unserem Gast ausführlich und verständlich dargelegt. Übereinstimmend war die Meinung, wie auch immer das Ergebnis ausgeht, unser Verein hat auch für die Zukunft eine Aufgabe.

Erfreulich ist auch, dass wir zwei neue Mitglieder gewinnen konnten. **Wilhelm Ulbrich**

Etwa 120 ISOR-Mitglieder der **TIG Cottbus** und Gäste, z.B. vom RotFuchs, füllten den Saal am 6. Januar, als der Vorsitzende der ISOR, Horst Parton, diesmal in einem „Heimspiel“ aktuelle Fragen der Renten- und Sozialpolitik der nun anders zusammengesetzten Regierung und juristische Aspekte besonders hinsichtlich unserer Aktivitäten in Richtung Bundesverfassungsgericht darlegte. Neben der lebhaften Diskussion, die die ISOR-eigene Zuversicht widerspiegelte, betonte Horst Parton die im § 2 der Satzung unseres Vereins definierte Achtung des Grundgesetzes der

BRD und die konfessionelle und parteipolitische Unabhängigkeit. Gegenüber Versuchen, die in unserem Verein zweifellos vorhandene Unzufriedenheit mit der Rentensituation eines Teils der Mitglieder für satzungsfremde und ggf. mit dem Grundgesetz kollidierende Ziele auszunutzen und ISOR dafür zu instrumentalisieren, steht die ISOR konsequent ablehnend gegenüber und gibt diesen Bestrebungen keinen Raum, von welcher Seite sie auch unternommen werden. Indem die ISOR allein die vom Grundgesetz eingeräumten Wege zur Durchsetzung ihrer Ziele nutzt und in ihrer politischen Arbeit sich besonders auf die in der Präambel erklärte Absicht stützt, „...in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, sich besonders auf Artikel 26 hinsichtlich des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Artikel 139 über Rechtsvorschriften „Zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ bezieht, leistet sie bei der Verteidigung des Grundgesetzes einen spezifischen Beitrag. Diese Grundsätze stehen weder zur Diskussion und schon gar nicht zur Disposition.

Auch eine solche Positionserklärung der ISOR ist sowohl in der Innen- als auch Außenwirkung angebracht.

Als bekennender Anhänger des FC Energie Cottbus wünschte Horst Parton seinem Verein Optimismus und Erfolg im Klassenerhalt.

Wolfgang Kroschel

*

Auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung der **TIG Berlin Treptow** am 18. Januar stand die Auswertung der Vertreterkonferenz sowie die Neuwahl unseres Vorstandes. Verdienstvolle Genossen wie unser nun schon 90jähriger Helmut Schäfer als auch Herbert Dressler, beide von Anfang an im Vorstand, schieden aus, neue Mitkämpfer und Mitkämpferinnen wurden gefunden. Und so sank das Durchschnittsalter des aus nunmehr 11 Mitgliedern bestehenden Vorstandes von 77 auf gute 70 Jahre. Ein gutes Zeichen für eine kraftvolle Weiterarbeit.

Der stellvertretende ISOR-Vorsitzende Prof. Dr. Horst Bischoff und der Schatzmeister Peter Speck waren unsere Gäste; ebenso die Sprecher der territorialen Gruppen von GBM, GRH, Volkssolidarität und des Sozialen Arbeitskreises Treptow-Köpenick sowie Carsten Schatz, Vorsitzender der Bezirksorganisation Die Linke und Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses.

Horst Bischoff sprach vor allem zu den Problemen, nach denen jetzt immer wieder gefragt wird und Antworten darauf nicht leicht sind. Was tut sich bezüglich der Verfassungsklagen, die beim Bundesverfassungsgericht eingereicht

sind und welche Chancen werden hinsichtlich einer positiven Entscheidung eingeräumt. Aber Geduld wird dazu weiter von uns abverlangt, ob diese Klagen angenommen werden. Er sprach zu einigen Details der Dokumente, die den Verfassungsklagen beiliegen und eindeutig belegen: neue rechtserhebliche Tatsachen liegen vor, die die Richter eigentlich zu neuen Erkenntnissen und auch zu völlig neuen Entscheidungen führen müssten. Hervorgehoben wurde: Prof. Dr. Dr. Merten hat kein Gefälligkeitsgutachten für ISOR erarbeitet, sondern er begründet rechtsstaatlich, dass mit der Rentenstrafgesetzgebung das Grundgesetz grob missachtet und es für die Betroffenen hinsichtlich der Artikel 3 (Gleichheitsgrundsatz) und 14 (Eigentumsschutz) außer Kraft gesetzt wurde. Trotzdem wird vor Spekulationen gewarnt, da das BVerfG mit einigen zurückliegenden Entscheidungen nicht immer seine Unabhängigkeit vom politischen Zeitgeist offenbarte. Das unbedingte solidarische Zusammenstehen muss auch weiterhin oben anstehen, ein vorsichtiger Optimismus sollte der Begleiter sein. Und nur diese Solidarität aller ISOR-Mitglieder, so erläuterte es Peter Speck anhand der bisherigen sehr hohen Kosten, machte es möglich, dass mit solch sozial-wissenschaftlich und staatsrechtlich fundierten Ausarbeitungen der Weg nach Karlsruhe erneut beschritten werden konnte. Diese Kosten, gedeckt durch Mitgliedsbeiträge und Spenden, belegen, dass dieser einzig mögliche und notwendige Rechtsweg vom Einzelnen niemals gegangen werden könnte. So gilt auch weiterhin, Rentennahe und Rentner, die Angehörige des MfS waren und noch nicht den Weg zu uns fanden, anzusprechen und für ISOR zu gewinnen. Zumal es auch für noch abseits Stehende zum Nachdenken anregen sollte, dass 18 % der Mitglieder unserer TIG nicht mehr vom Rentenstrafrecht betroffen sind, jedoch weiterhin uns aktiv beistehen. Solidarität wurde auch an diesem Tag geübt, indem 164 Euro, spontan gespendet, zu gleichen Teilen auf die Solidaritätskonten der Hochwassergeschädigten und für Wolfgang Schmidt überwiesen wurden.

Hans Offenhaus legte in einem umfangreichen Beitrag dar, wie auf all die politischen Angriffe von ihm und durch die TIG reagiert wurden, die auf die DDR, die Biografien ihrer Bürger und das MfS gerichtet sind. Letztlich zielen diese Attacken aller Art auch darauf, das Rentenstrafrecht zu zementieren, während unsere politischen Gegner auf die biologische Lösung setzen. Dabei bauen wir auch auf Die Linke, uns in dieser politischen Auseinandersetzung nicht allein zu lassen, wie wir sie in ihrem Wahlkampf - mit Erfolg - nicht allein ließen. Das wurde von Carsten Schatz ausdrücklich gewürdigt. Gleichzeitig wurden jedoch auch deutlich die Bauchschmerzen benannt, die manche Äußerungen und Aktionen der Linken bei uns hinterlassen. Gut zu wissen, dass nunmehr auch gemeinsame Beratungen

mit den Vereinen im Territorium geplant sind, die, so hoffen wir, auch zu gemeinsamen öffentlichkeitswirksamen Aktionen führen. Ausführlich sprach er zu den bevorstehenden Europawahlen und der Linken Position zu Europa und zur momentanen heftigen Immigrantendiskussion in Berlin.

Wilhelm Schönheit

*

Die Mitgliederversammlung der TIG Chemnitz stand im Zeichen der weiteren Auswertung der Vertreterversammlung und der Neuwahl des Vorstandes und der Revisionskommission.

An der Beratung nahm der Stellvertreter des Vorsitzenden unseres Vereins, Prof. Dr. Horst Bischoff, teil. Ebenso der Vorsitzende des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE und die Vorsitzenden der territorialen Strukturen von GBM, GRH, BRH und Cuba Si.

Mit großem Interesse nahmen die Teilnehmer die Ausführungen Horst Bischoffs zur Situation unseres Vereins, den Ergebnissen unserer Arbeit, den künftigen Aufgaben und zu der Frage „wie weiter“ auf. Mit der Vertreterversammlung wurde die Kontinuität der Entwicklung der ISOR seit der Gründung bis heute trotz aller politischer Unwägbarkeit unterstrichen. Bereits im Juni 1991 erklärte der Vorstand in einer Information: „Wir müssen selbst etwas tun gegen die Ver-suche, Menschenwürde und Achtung der Persönlichkeit aus politischem Eifer und teilweise unverkennbarer Rachelust mit Füßen zu treten. Nehmen wir es selbst in die Hand im allgemeinen Interesse an der Verteidigung der Freiheit und Demokratie, die das Grundgesetz bietet und schützt...“ Das hat auch weiter Gültigkeit.

Mit konkreten Fakten wies Horst Bischoff nach: ISOR ist ein starker, beachteter und von Vielen geachteter sozialpolitischer Verein. Das wurde erreicht gegen den massiven Widerstand der politischen Eliten der BRD, durch das geschlossene Handeln unserer Mitglieder, durch die klare Linie des Vorstandes von ISOR in Abstimmung mit den TIG, durch die fundierte Arbeit der Rechtsanwälte, die solidarische Unterstützung unseres Vereins durch die Partei DIE Linke, die im OKV vereinten Vereine und durch die Einbeziehung namhafter Experten in unseren juristischen Kampf. Der solidarische Zusammenhalt im Verein insgesamt, so auch in unserer TIG war, ist und bleibt das Fundament für unsere Arbeit. Das und die klare Linie unseres Vereins, begründet durch überzeugende politische und juristische Fakten, sind unsere wichtigste Waffe im Kampf gegen soziale und politische Diskriminierungen.

Damit wirken wir auch Zweifeln und Zweifeln an unserer gerechten Sache entgegen.

ISOR und damit die TIG müssen die politische Heimat aller Freunde bleiben. Gegenseitige Hilfe, die Suche nach Antworten und Lösungswegen auf gesellschaftliche Fragen, aber auch Zusammenkünfte mit interessanten Inhalten

bleiben wichtig für die weitere Entwicklung des Zusammenhaltes. Den Erfahrungen anderer TIG folgend sind hier auch Ehepartner unserer Mitglieder einzubeziehen.

Der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit TIG des Regierungsbezirk und des Landes Sachsen können als wertvolle Hilfe entwickelt werden.

Der Vorstand der TIG stellte fest, dass sich die Mitglieder aktiv an der Lösung der Aufgaben unseres Vereins beteiligt haben und sich auch weiter beteiligen werden.

Wir werden weitere organisatorische Maßnahmen für eine breitere Einbeziehung der Mitglieder der TIG in die Lösung der Aufgaben umsetzen (Bildung von Arbeitsgruppen zu Schwerpunkten u.a.) Damit soll allen Gelegenheit gegeben werden, sich aktiv in die Arbeit einzubringen.

Wir werden durch gezielte Informationen an die Mitglieder über einzelne Schwerpunktaufgaben die Auswertung der Vertreterversammlung weiterführen.

Die Teilnehmer der Versammlung verabschiedeten dazu einstimmig eine Willenserklärung.

Peter Eichler

Aus der Postmappe

Die FDJ bei den 18. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Ecuador

Eine ständige Aufgabe für uns als FDJ besteht darin, die Machenschaften und Zielstellungen des deutschen Imperialismus/Militarismus zu entlarven. Und das nicht nur hierzulande in der seit 1990 größer gewordenen BRD, sondern auch international. Dazu nutzen wir natürlich auch unsere Mitgliedschaft im Weltbund der Demokratischen Jugend, dessen Mitglied wir bereits seit 1948 sind.

Er ist einer der Hauptveranstalter der Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die gerade vergangenen Dezember stattfanden, diesmal in Quito, Ecuador, und unter dem Motto: „Jugend vereint gegen den Imperialismus, für eine Welt des Friedens, der Solidarität und der sozialen Veränderung.“ Daran nahmen 8000 Vertreter aus 88 Ländern teil. Das Programm dieser Festivalwoche war mit Konferenzen, Seminaren und Workshops sehr vielgestaltig. Es gab eine Freundschaftsmesse, ein Solidaritätsforum und Sportaktivitäten. Die diskutierten Probleme betrafen bspw. „Der Kampf gegen die Militarisierung in Europa“, „Studentenbewegung in Lateinamerika, Kämpfe und Herausforderungen“, „Ausbildung, Kultur, Information in den Händen des Kapitals, Werkzeuge zur Manipulation“. Für uns sind dabei auch die bilateralen Gespräche sehr wichtig, um von den weltweiten Kämpfen der Jugend zu erfahren und sie über die unsrigen zu informieren.

Von besonderer Bedeutung war das antiimperialistische Tribunal, das wir mit unserer Anklage gegen den deutschen Imperialismus eröffneten. Dort heißt es u.a. „Wir klagen den deutschen Imperialismus des Bruchs des Weltfriedens an. Wir klagen ihn an, dabei Wiederholungstäter zu sein. Er hat bewiesen, dass er nicht rehabilitierbar ist und niemals mit seiner verbrecherischen Vergangenheit gebrochen hat. Er war der Hauptkriegstreiber vor 100 Jahren beim Beginn des ersten Weltkriegs. Er war der Hauptkriegstreiber vor 75 Jahren beim Beginn des zweiten Weltkriegs. Und er war es auch wieder vor 15 Jahren beim völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf Jugoslawien“. Leider können wir an dieser Stelle nicht unsere gesamte Anklageschrift dokumentieren. Deshalb sei hier nur unser abschließendes Fazit zitiert: „Mit einem ökonomischen und militärischen Diktat über die europäischen Völker bereitet der deutsche Imperialismus vor, die von ihm angestrebte Weltmachrolle behaupten zu können. Er ist heute schon verantwortlich für eine beispiellose Verelendung der europäischen Völker. Eine Neuordnung der Welt ist wieder sein Ziel, wenn nötig durch Krieg.“

Das internationale Parkett ist jedoch nur ein Schwerpunkt. Ein weiterer erhält mittlerweile zunehmenden Stellenwert: In letzter Zeit häufen sich nämlich die Anklagen gegen Mitglieder, die es wagen, ihr Organisationsabzeichen öffentlich zu tragen. Und zwar wegen §86a StGB, Zeigen von Symbolen verfassungswidriger Organisationen. 1951 wurde die FDJ in Westdeutschland verboten, wir jedoch nie! Leider kann dieser Staat unsere aufgehende Sonne nicht von der Sonne der damals verbotenen Organisation unterscheiden – wir übrigens auch nicht. Es verspricht wieder lustig zu werden. Näheres dazu unter www.FDJ.de – wir halten euch auf dem Laufenden! Freundschaft!

Martina Holzinger

*

Der ehemalige Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden sorgte für „die Entdeckung des Jahres 2013“ war in einigen Zeitungen zu lesen. Er enthüllte die Geheimdienste der USA: „Weltweites Abhören von Bürgern, Einrichtungen, Konzernen, Ämtern, Regierungen...“

»»» Fortsetzung auf Seite 5

Am 27. 03. 2014 hält Admiral a.D. Theodor Hoffmann in Erfurt einen Vortrag zum Thema

NVA und Bundeswehr – zwei gegensätzliche Armeen

Ort: Gaststätte „Dahlie“, 99086 Erfurt, Roßblauer Str. 1

Beginn: 14.00 Uhr

Die TIG Erfurt lädt alle Freunde aus Erfurt und Umgebung zur Teilnahme ein.

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 4

Nun, möge es die Entdeckung des Jahres 2013 sein. Jedoch bereits 1961 beschreibt der Autor Julius Mader in seinem Enthüllungsbuch "Gangster in Aktion" mit dem Untertitel "Aufbau und Verbrechen des amerikanischen Geheimdienstes" (Kongress-Verlag Berlin 1961) auf Seite 55:

"Die elektrischen Spürhunde und elektronischen Spione des amerikanischen Geheimdienstes haben rund um das sozialistische Lager- (...) tausende Funkabhör- und Funkmess- Stationen platziert. (...) Die NSA unterhält in aller Welt 2000 Abhörstellen mit 8000 Mann, dazu kommen weitere 2000 Mitarbeiter, die schwimmende oder fliegende Abhöreinrichtungen bedienen..."

Auf der Seite 58 heißt es weiter: "In den Abkommen und Verträgen, die amerikanische Paktsysteme bilden, sind spezielle Geheimklauseln enthalten, die die mit den USA verbündeten Staaten zwingen, die Ergebnisse der Tätigkeit ihrer Geheimdienste weitmöglichst an den amerikanischen Geheimdienst CIA auszuliefern."

Weiter auf Seite 65: „Es ist nicht verwunderlich, dass der USA-Geheimdienst seine umfangreiche Funkspionage auch gegen die durch Militärpakte an die USA gebundenen Partnerstaaten und gegen neutrale Staaten richtet. In der ‚Schwarzen Kammer‘ der NSA werden mit Hilfe elektronischer Anlagen von den Experten immer wieder die Codes und Chiffren der Partner gebrochen, um die Funkprüche in den Klartext zu übertragen...“

Die USA betreiben also seit Kriegsende ununterbrochen weltweit ihre Abhör- Ausspähsysteme, stets auf dem Stand der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse.

In einer neueren Publikation war zu lesen, dass die USA weltweit zu Lande, zu Wasser und im Kosmos Informationen aufzufangen. Dazu arbeiteten in der Zentrale in Fort George Meade, Maryland, USA und in den Außenposten in aller Welt um 1990 ca. 140000 Mitarbeiter. Das Budget wurde zu dieser Zeit auf 10 Milliarden Dollar geschätzt.

Werner Wild

Lesenswert

Rohnstock Biographien (Hrsgb., Zusammenstellung Bettina Kurzek)

Die Kombinatdirektoren Jetzt reden wir!

Was heute aus der DDR – Wirtschaft zu lernen ist (edition berolina, Berlin 2013)

ISBN 9 783867 898133

Bestellungen über www.buchredaktion.de oder tel. über 01805/309999 (0,14 € / Min.)

Sammelbestellungen über Geschäftsstelle ISOR, Preis 7,- €

Schon die Entstehungsgeschichte dieses bemerkenswerten Buches für sich ist interessant: Hat man in den letzten 20 Jahren Publikationen über viele Bereiche der DDR erlebt, - aus der Wirtschaft kam seriös und kompetent bisher wenig bis nichts. Um so verdienstvoller sind die dargebotenen Texte von Insidern, was jedenfalls Beginn sein könnte, eine Lücke zu schließen. Geboten werden aufgezeichnete und autorisiert bearbeitete mündliche Berichte einer Tagung zum Thema „Krise und Utopie. Was heute aus der DDR – Planwirtschaft für eine zukünftige Wirtschaft gelernt werden kann“, veranstaltet vom Verein zur Förderung lebensgeschichtlichen Erinnerns und biographischen Erzählens, unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Firma Rohnstock-Biographien.

Und so berichten zwölf Wirtschaftskapitäne der DDR in spannend zu lesenden Einzelbeiträgen, problembezogen und kommentierend ergänzt von bekannten Wirtschaftswissenschaftlern der DDR und Wissenschaftler tangierender Bereiche (Christa Luft, Dietrich Mühlberg, Klaus Blessing, Jörg Roesler), zusammenfassend grundsätzlich für die Gegenwart befragt von der bekannten Kulturwissenschaftlerin Isolde Dietrich.

Bemerkenswert ist auch das unisono Schweigen in der sonst so geschwätzigen Medienlandschaft, einschließlich ihrer „linken“ Ecken (taz, nd), deren Kommentatoren möglicherweise aber auch politisch und geistig überfordert waren.

H.B.

Von Mitglied zu Mitglied

Ganzjährig komf.**** **FeWO für 2 Pers. in Sellin/Rügen** in ruhig. Lage, 250 m zum Süstrand. Parken am Haus. NR; keine Haustiere. Tel. 038303 86789, Fax #98500, mobil 015209805529, www.achsnick.de

*

Komf.FeWo**** Prosp.anfordern
Schleusingen/Thür. Nähe Rennsteig
Tel. 036841 47598, www.ratscherhoehe.de

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss: 29.01.2014

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.02.2014

Einstellung im Internet: 07.03.2014

Auslieferung: 13.03.2014

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29784315